

Japan: Die Takaichi-Regierung der Koalition aus LDP und JIP

Wie ist die aktuelle politische Lage in Japan zu interpretieren?

Freitag, 7. November 2025, von [Toshizo Omori](#)

Am 21. Oktober wurde während der außerordentlichen Sitzung des Parlaments die Vorsitzende der LDP (Liberaldemokratische Partei), Sanae Takaichi, zur Premierministerin ernannt und die Takaichi-Regierung durch eine Koalition zwischen der LDP und der JIP (Japan Innovation Party) gebildet. Diese Entwicklung beendete vorläufig die anderthalbmonatige Phase der „politischen Neuordnung“, die mit der Rücktrittsankündigung des ehemaligen Premierministers Ishiba nach der vernichtenden Niederlage der LDP bei den Wahlen zum Oberhaus im Juli begann und sich bis zur Wahl der neuen LDP-Vorsitzenden Takaichi fortsetzte.

Dieser kurze Aufsatz analysiert den politischen Charakter der neu gebildeten Takaichi-Regierung und den Rahmen der aktuellen politischen Lage Japans und ordnet sie in den größeren internationalen politischen Kontext ein. Außerdem versucht er, die Herausforderungen und Aufgaben für die Linke zu verdeutlichen.

Die LDP-Komeito-Koalition verlor ihre Mehrheit bei den Wahlen zum Oberhaus im Juli und der anschließenden politischen Neuordnung

Bei den Wahlen zum Oberhaus im Juli erlitt die regierende LDP-Komeito-Koalition eine schwere Niederlage und verlor ihre Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments. Premierminister Ishiba übernahm die Verantwortung und musste weniger als ein Jahr nach seinem Amtsantritt zurücktreten. Unterdessen gewann die rechtsextreme populistische Partei Sanseito (Partei des Selbermachens) deutlich an Unterstützung. In Verbindung mit den Ergebnissen der Unterhauswahlen im letzten Jahr bedeutete dies, dass die Parteien, die innerhalb

der politischen Landschaft Japans rechts von der LDP positioniert sind, zum ersten Mal einen einzigen Block im Parlament bildeten. Diese Entwicklung hatte einen erheblichen Einfluss auf die LDP-Führungswahl nach dem Rücktritt von Premierminister Ishiba. Entgegen der weit verbreiteten Erwartung, dass Shinjiro Koizumi die Führungswahl gewinnen und die Politik der Ishiba-Regierung fortsetzen würde, wurde Sanae Takaichi, eine Politikerin, die den rechten Flügel der LDP vertritt und öffentlich ihre Absicht bekundete, die Politik von Abe fortzusetzen, zur neuen Parteivorsitzenden gewählt. In der Folge kam es zu einer Reihe bedeutender politischer Neuausrichtungen, wie sie im 21. Jahrhundert noch nie zuvor stattgefunden hatten: Die Komeito zog sich aus der Koalition zurück, da sie eine Koalitionsregierung mit Takaichi ablehnte. Die Constitutional Democratic Party (CDP) versuchte erfolglos, einen gemeinsamen Oppositionskandidaten für die Wahl zum Premierminister aufzustellen; es wurde eine Vereinbarung über eine Koalition zwischen der LDP und der JIP (Japan Innovation Party) getroffen, wobei die JIP Unterstützung von außerhalb des Kabinetts leisten sollte; und schließlich wurde Takaichi in der außerordentlichen Sitzung des Parlaments zur Premierministerin gewählt.

In dieser Welle der politischen Neuordnung wurde jedoch die linksliberale Fraktion – einschließlich der parlamentarischen Linken und der Mitte-Links-Kräfte innerhalb der CDP – völlig außen vor gelassen. Die Führung der CDP versuchte, die Oppositionskandidaten hinter Tamaki, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei für das Volk (DPFP), bei der Wahl zum Premierminister zu vereinen – ein Schritt, der darauf abzielte, sich weiter der Mitte-Rechts-Partei anzunähern –, wurde jedoch von Tamaki selbst rundweg abgelehnt. Stattdessen zwang dies ihn nur dazu, die Haltung der Partei zur „Zustimmung zur Kernenergie“ und zur „Zustimmung zur Sicherheitsgesetzgebung“ zu akzeptieren.

Ein wesentliches Merkmal der politischen Neuordnung seit den Wahlen zum Oberhaus ist, dass sie unter den konservativ-zentristischen politischen Kräften voranschreitet, wobei einerseits Druck durch den rechtsextremen Populismus besteht, andererseits aber keinerlei Bedrohung (oder auch nur Andeutung einer Störung) durch die Linke zu spüren ist.

Wie ist das globale politische Rahmenwerk zu

betrachten?

Die Untersuchung der verschiedenen Entwicklungen rund um die Koalitionsregierung in diesem Zeitraum ist für unsere Analyse der aktuellen politischen Neuordnung sicherlich notwendig, doch das entscheidende Thema ist, wie das Gesamtrahmenwerk der politischen Situation insbesondere aus internationaler Perspektive zu begreifen ist. Auf der Grundlage dieses Verständnisses und unter Berücksichtigung der aktuellen Position der Linken müssen wir die Aufgaben und Pflichten der Linken, einschließlich unserer selbst, klären.

In dem Positionspapier, das die japanische Sektion dem 18. Kongress der Vierten Internationale vorgelegt hat, wurden folgende Punkte zur politischen Lage in Japan angesprochen:

Generell lässt sich sagen, dass das kapitalistische System bereits seine Fähigkeit verloren hat, die gesamte Gesellschaft zu umfassen, dass die Gesellschaften in vielen Ländern zunehmend polarisiert sind und die extreme Rechte auf dem Vormarsch ist. Einige Teile der Bourgeoisie wenden sich der autoritären Herrschaft zu und unterstützen politisch die extreme Rechte. Die politischen Strukturen in vielen Ländern, vor allem in Europa, den Vereinigten Staaten und Lateinamerika, polarisieren sich zunehmend in drei Lager: die extreme Rechte, die Konservativen/Zentristen (oft als „extreme Zentristen“ bezeichnet) und die Linke, wobei die Konservativen/Zentristen zunehmend nach rechts tendieren. Die für Europa typischen politischen Strukturen entstehen auch in Ostasien, wenn auch nicht in so ausgeprägtem Maße wie in Europa.

In Japan verlor die Regierungskoalition (Liberaldemokratische Partei und Komeito [Komei-Partei]) bei den Parlamentswahlen im vergangenen Herbst zwar ihre Mehrheit, aber zwei rechtsextreme Parteien (Japan Conservative Party und Sanseito [Party of Do It Yourself]) erhielten zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine bestimmte Anzahl von Sitzen im Parlament. Auf der anderen Seite entwickelt sich eine politische Zusammenarbeit zwischen der Regierungskoalition und den Mitte-Rechts-Parteien, und es wird die Möglichkeit einer sogenannten „großen Koalition“ diskutiert, die die linken Parteien ausschließt.

Die regierende Liberaldemokratische Partei hat sowohl Mitte-Rechts- als auch rechtsextreme Tendenzen in sich, und die derzeitige Führung wird von Mitte-

Rechts-Politikern dominiert. Da sie ihre Mehrheit verloren hat, strebt sie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Mitte-Rechts-Oppositionsparteien an. Je nach dem Ergebnis der Oberhauswahlen im Juli 2025 kann die Möglichkeit einer „großen Koalition“ nicht ausgeschlossen werden. Auf diese Weise gibt es auch in Japan Anzeichen für eine Dreiteilung zwischen Rechtsextremen, Konservativen/Zentristen (manchmal auch als „extreme Mitte“ bezeichnet) und Linken, doch leider ist die Linke in Japan ausgesprochen schwach.

Wie hier analysiert, zieht der Aufstieg der extremen Rechten innerhalb der dreiteiligen Struktur aus extremer Rechter, konservativer Mitte und Linker – typisch für Europa – nicht nur die traditionellen konservativen Kräfte, sondern sogar die reformistischen Kräfte der Mitte nach rechts. Dies spiegelt auch die Tiefe der aktuellen Krise des kapitalistischen Systems wider. Innerhalb dieses Rahmens haben sich Trends wie die weltweite militärische Aufrüstung, der Aufstieg autoritärer Regime und die Verbreitung fremdenfeindlicher Stimmungen verstärkt.

Ein Paradebeispiel ist Großbritannien (England), wo die rechtsextreme Reform UK bei Kommunalwahlen Boden gewonnen hat und in Meinungsumfragen auf den ersten Platz vorgerückt ist. Als Reaktion darauf ersetzte der Vorsitzende der Konservativen Partei im November 2024 den rechtsgerichteten Bede Nock. Bede Nock hatte im Wahlkampf versprochen, aus der Europäischen Menschenrechtskonvention auszutreten und die Klimaschutzgesetze aufzuheben, womit er entscheidend mit der gemäßigten konservativen Linie der Partei brach. Als Reaktion auf diese Situation veröffentlichte die britische liberale Zeitung The Guardian Berichten zufolge einen Artikel, in dem sie ihre Besorgnis über das Verschwinden der Konservativen Partei als gemäßigte konservative Kraft zum Ausdruck brachte. Dies erinnert an die „Don't Let Ishiba Go“-Demonstrationen, die eine zeitlang vor allem in liberalen Kreisen in Japan stattfanden.

Die politische Situation in Japan sollte als Versuch gesehen werden, mit den Entwicklungen in Europa Schritt zu halten, wenn auch mit einer gewissen Verzögerung. Im Gegensatz zu Europa oder Amerika sieht sich Japan jedoch seit jeher mit einer Situation konfrontiert, in der die Linke ausgesprochen schwach ist, keinen Einfluss auf die politische Situation hat und Massenbewegungen und soziale Bewegungen keine nennenswerte Kraft entfalten konnten. Vor diesem Hintergrund – wo kein Druck oder keine Bedrohung von links zu befürchten ist – hat sich in letzter Zeit eine politische Neuausrichtung innerhalb der konservativ-

zentristischen Kräfte vollzogen.

Die Krise des neoliberalen Globalsystems „verengt den Spielraum für politische Entscheidungen“.

In diesem Sinne erklärt die Beobachtung von Professor Koji Aikyo von der Waseda-Universität, die in Ausgabe 2883 (Ausgabe vom 20. Oktober) dieser Zeitung veröffentlicht wurde (basierend auf der Zusammenfassung seines Vortrags beim „Stop the Constitutional Revision! Osaka Network“), treffend die oben beschriebene politische Situation.

In einer globalen Gesellschaft mit wachsender Ungleichheit verengt sich der Spielraum für politische Entscheidungen. Während die Bürger:innen mehr Möglichkeiten haben, sich an demokratischen Prozessen zu beteiligen, wächst die Unzufriedenheit darüber, dass die öffentliche Meinung nicht in der nationalen Politik berücksichtigt wird. In den fortgeschrittenen Industrienationen wird unabhängig davon, welche Partei an der Macht ist, konsequent Druck ausgeübt, um sicherzustellen, dass die nationale Politik den Reichen zugute kommt. Die Vorstellung, dass Unternehmen einen Informationsvorsprung gegenüber Regierungen haben, ist zu einer unhinterfragten Ideologie geworden.

Gerade weil der Spielraum für Politik begrenzt ist, greifen sie auf Kulturkriege zurück. Massive Ungleichheit verfestigt sich, Propaganda ersetzt Politik, und die Politik wandelt sich von einer Politik der Notwendigkeit zu einer Politik der Ewigkeit. Die Politik der Notwendigkeit bringt Demokratisierung durch wirtschaftliche Entwicklung, aber in der Politik der Ewigkeit besteht die Rolle der Regierung nicht darin, zukünftiges Glück zu versprechen, sondern die gegenwärtige Gesellschaft vor angeblichen Bedrohungen zu schützen. Permanente Politiker erfinden Krisen und manipulieren die daraus resultierenden Emotionen. In den komplexen Gesellschaften von heute, die keine Zukunftsvision präsentieren können, tendieren sie zu Kulturkriegen. Die Politik von Trump ist der Archetyp dafür.

Darüber hinaus liefert das Interview mit Enzo Traverso mit dem Titel „Autoritarismus und Demokratie im 21. Jahrhundert“ (International Viewpoint, 7. August) eine treffende Analyse der Bedeutung des aktuellen Aufstiegs der

extremen Rechten und der Entstehung autoritärer Regime. Traverso, Autor von „Die neuen Gesichter des Faschismus: Populismus und die extreme Rechte“, positioniert die heutige extreme Rechte als „Postfaschismus“ und beschreibt ihre Unterschiede zum Faschismus der Vergangenheit wie folgt:

Heute sehe ich nichts Vergleichbares in der neuen Rechten. Es gibt keinen utopischen Horizont oder ein Projekt für die Zivilisation an sich. Deshalb finde ich das Konzept des „Postfaschismus“ nützlich, denn diese radikalen rechten Bewegungen sind zutiefst konservativ. Ihr Impuls geht nicht nach vorne, sondern nach hinten: Was sie anstreben, ist die Wiederherstellung einer traditionellen Ordnung. Die Werte, für die sie eintreten – Souveränität, Familie, Nation – bilden eine Art roten Faden, der sie verbindet.

Diese Rückkehr zum Traditionellen [durch Trump] zeigt sich auch in seiner Feindseligkeit gegenüber dem Umweltschutz, seiner Ablehnung jeglicher globaler Agenda zum Klimawandel und seinem Bekenntnis zur heimischen Produktion gegenüber internationalen Abkommen. „Make America Great Again“ ist ein Slogan, der eine bestimmte Vorstellung von der Zukunft fördert, aber es ist eine regressive Vorstellung: eine Rückkehr zu einer Zeit, in der die Vereinigten Staaten stark, wohlhabend und dominant waren. Das ist kein neuer Vorschlag, sondern eher eine Idealisierung der Vergangenheit.

Die extreme Rechte (und auch konservative Kräfte der Mitte), die nicht in der Lage sind, politische Differenzen zu artikulieren oder eine Vision für die Zukunft zu bieten, versuchen, Ängste und Stagnation zu lindern, indem sie vermeintliche Feinde in ihrer Nähe („Kulturkriege“) vertreiben, um politische Stabilität zu erreichen. Dies ist ein Grund dafür, dass konservative Kräfte der Mitte zur extremen Rechten hingezogen werden.

Was bedeuten die LDP-Führungswahl von Takaichi und der Austritt der Komeito aus der Koalition?

In meinem Analyseartikel zur Oberhauswahl im Juli (11. August, Weekly Kakehashi) schrieb ich Folgendes:

Wenn Premierminister Ishiba zum Rücktritt gezwungen würde und der rechte Flügel der LDP die Führungswahl gewinnen würde, würde die Sanseito zu einem

potenziellen Partner für politische Konsultationen, nicht-kabinetttäre Zusammenarbeit oder sogar eine Koalition werden. Allerdings verfügt die Sanseito derzeit nur über drei Sitze im Repräsentantenhaus. Damit wäre sie eine Minderheitsregierungspartei, was eine vorzeitige Parlamentswahl erforderlich machen würde, um ihre Sitze im Repräsentantenhaus deutlich zu erhöhen (Sanseito-Chef Kamiya hat erklärt, dass „25 bis 30 Sitze eine realistische Zahl für die nächste Parlamentswahl sind“). Gleichzeitig birgt diese Entscheidung das Risiko, dass die LDP noch mehr Sitze verliert. Daher sind die unmittelbaren Optionen der LDP begrenzt. Der realistischste Weg ist die Fortsetzung der politischen Diskussionen, die Zusammenarbeit außerhalb des Kabinetts und sogar die Erweiterung der Koalitionsregierung durch eine de facto konservative-zentristische „Allianz“, die die Demokratische Partei für das Volk, die Japan Innovation Party und die Konstitutionelle Demokratische Partei umfasst. Folglich wird die LDP wahrscheinlich einen Präsidenten wählen, der diese Strategie vorantreiben kann (oder Premierminister Ishiba im Amt behalten).

Diese Prognose hat sich hinsichtlich der Aussichten auf eine politische Neuausrichtung als deutlich verfehlt erwiesen, da Sanae Takaichi zur LDP-Vorsitzenden gewählt wurde und die Komeito aus der Koalition ausgetreten ist. Ich glaube, der Grund dafür liegt in der Unterschätzung der Auswirkungen des Aufstiegs des rechtsextremen Populismus, wie er sich im Aufstieg der Sanseito zeigt, auf die LDP (und deren indirekten Auswirkungen auf die Komeito). Das Gefühl der Krise innerhalb der LDP über den Verlust der „stabilen konservativen Basis“, die die Abe-Regierung unterstützt hatte, ausgelöst durch den Aufstieg der Sanseito, war wahrscheinlich stärker, als wir gedacht hatten.

Unterdessen hatte der ehemalige Premierminister Aso, der Takaichi unterstützt, Berichten zufolge die Bildung einer Koalitionsregierung mit der LDP, der Komeito und der Demokratischen Partei für das Volk ins Auge gefasst, um die Diet vorzeitig aufzulösen und Neuwahlen anzusetzen, damit die LDP und die Demokratische Partei für das Volk eine Mehrheit sichern konnten, um dann die Komeito aus der Koalition auszuschließen (Hokkaido Shimbun Online, 11. Oktober).

Die Komeito könnte Asos Absichten vorausgesehen und die Koalition proaktiv vorzeitig aufgelöst haben. Es wird auch gesagt, dass eine Fortsetzung der Koalition mit der LDP unter der Führung von Takaichi zu einer Situation hätte führen können, in der die Auflösung der Partei selbst für die Soka Gakkai und die

Komeito eine reale Möglichkeit gewesen wäre.

Die Neuausrichtung der konservativ-zentristischen Kräfte und die Bildung der LDP-JIP-Koalitionsregierung

Betrachten wir nun auch den Prozess der Neuausrichtung der konservativ-zentristischen Kräfte nach den Wahlen zum Oberhaus im Juli, der zur Bildung der Takaichi-Koalitionsregierung am 21. Oktober führte. Dabei ist natürlich zu beachten, dass dieser Neuausrichtungsprozess noch nicht abgeschlossen ist und weiterhin andauert.

Zunächst zog sich die Komeito, die eine Koalition mit der LDP-Vorsitzenden Takaichi aufgrund ihrer rechtsgerichteten Haltung ablehnte, aus der seit 26 Jahren bestehenden Koalitionsregierung zurück. Während die Komeito zunächst eine gewisse Zusammenarbeit mit der LDP anzustreben schien, hat sie sich nach der Bildung der LDP-JIP-Regierung eindeutig als zentristische Oppositionspartei positioniert. Nun hat sie auch begonnen, die Möglichkeit einer Wahlkooperation mit der Konstitutionellen Demokratischen Partei anzudeuten.

Die DPFP schien in Fragen wie der Verfassungsänderung, der Akzeptanz von Besuchen des Yasukuni-Schreins und der Verfolgung einer expansiven Finanzpolitik ideologisch und politisch am ehesten mit Takaichi übereinzustimmen. Sie schien eine Koalitionsregierung unter einer von Takaichi geführten Administration anzustreben, die aus der LDP, der Komeito und der DPFP bestehen sollte. Angesichts des Rückzugs der Komeito aus der Koalition – wodurch die Allianz zwischen LDP und Komeito faktisch aufgelöst wurde – konnte sie sich jedoch nicht zu einer Koalition allein mit der LDP verpflichten. „Ohne die Komeito würden wir selbst bei einem Eintritt in die Regierung keine Mehrheit erreichen, sodass die Diskussion ziemlich sinnlos geworden ist“, erklärte der Abgeordnete Tamaki. Darüber hinaus hatte der japanische Gewerkschaftsbund (Rengo), die größte und prokapitalistische nationale Gewerkschaftszentrale, deutlich gemacht, dass er nicht akzeptieren würde, dass die von ihm unterstützten Parteien, die DPFP und die CDP, zwischen dem Regierungs- und dem Oppositionslager aufgeteilt würden. Unterdessen schlug Azumi, einer der Diet-Führer der CDP, vor, „Tamaki, den Vorsitzenden der DPFP, zum gemeinsamen Oppositionskandidaten für die Nominierung zum Premierminister

zu machen“. Auch die DPFP lehnte diesen Vorschlag unter Verweis auf grundlegende politische Differenzen ab. Infolgedessen wurden sie von der Japan Innovation Party „ausgestochen“, was zu Beschwerden wie „Hätten sie doch nur früher etwas gesagt“ führte. Selbst in Umfragen nach der Nominierung verzeichnete die DPFP einen deutlichen Rückgang der Unterstützung, während die Regierung Takaichi Unterstützung von den relativ jüngeren Generationen erhielt.

Die Japan Innovation Party (JIP) war ursprünglich sehr daran interessiert, einer Koalitionsregierung mit der LDP und Komeito beizutreten, da sie davon ausging, dass Koizumi LDP-Präsident werden würde, und hoffte, unter seiner Führung ihr Konzept der sekundären Hauptstadt verwirklichen zu können. Sie nutzte jedoch die Gelegenheit, die sich durch die Zurückhaltung der DPFP nach dem Ergebnis der LDP-Präsidentschaftswahlen ergab, und schloss rasch eine Koalition mit der LDP unter Takaichi. Sie einigten sich dann mit Takaichi, die unbedingt Premierministerin werden wollte, auf ein Koalitionsabkommen und zwangen sie damit praktisch, ihre politischen Forderungen vollständig zu übernehmen. Die LDP knüpfte jedoch zahlreiche Vorbehalte an viele politische Maßnahmen. Darüber hinaus wurde durch die Wahl der Form einer „Zusammenarbeit außerhalb des Kabinetts“ (ein Faktor, der als Schwierigkeit der Wahlkooperation mit der LDP in der Region Kansai, einschließlich Osaka, angesehen wird) eine halbherzige und instabile „Koalition“ geschaffen, die jederzeit aufgegeben werden konnte.

Der Grund für diese Eile bei der Bildung einer Koalition lag in der kritischen Lage: aufeinanderfolgende Austritte von Abgeordneten und schlechte Ergebnisse bei Kommunalwahlen, darunter auch in ihrer Hochburg Osaka. Nach den drei Abgeordneten des Repräsentantenhauses, die am 8. September ihren Austritt bekannt gaben und die neue Fraktion „Reform Association“ gründeten, reichte auch die Abgeordnete Hayashi Yumi, die im Verhältniswahlblock Kinki gewählt worden war, ihren Austritt aus der Partei ein. Darüber hinaus bekundete Seiki Sorimoto, ein Abgeordneter des Repräsentantenhauses, der im 4. Wahlkreis von Hiroshima gewählt wurde, seine Absicht, bei den nächsten Wahlen als Unabhängiger zu kandidieren (und gründete die regionale Partei „Hiroshima no Taiyo“), was auf einen Austritt aus der Partei deutete. Es war notwendig, dem Einhalt zu gebieten. Darüber hinaus musste die Partei bei fünf Kommunalwahlen, die im September in Osaka stattfanden, im Vergleich zu den vorangegangenen

Wahlen erhebliche Stimmenverluste hinnehmen. Sie verlor drei Sitze in Settsu City und einen Sitz in Hannan City und musste einen starken Rückgang ihrer politischen Stärke hinnehmen.

Die Konstitutionelle Demokratische Partei (CDP) forderte einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition (Mitte) für die Wahl des Premierministers während der außerordentlichen Sitzung des Parlaments, doch dieses Vorhaben scheiterte, da Tamaki eine Abkehr von der Linie der CDP in Bezug auf die „Atompolitik“ und die „Sicherheitspolitik“ forderte. Derzeit positioniert sich die Partei als gemäßigte Oppositionskraft im Bündnis mit der Komeito. Da jedoch der ehemalige Vorsitzende Edano, ein Liberaler innerhalb der Partei, seine bisherige Haltung geändert hat und erklärt, dass die Sicherheitsgesetze – einschließlich der Anerkennung des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung – „keine verfassungswidrigen Elemente enthalten und daher nicht geändert werden müssen“, beschleunigt sich die unter dem Vorsitzenden Noda vorangetriebene Verschiebung hin zu einer Mitte-Rechts-Haltung. Dies isoliert den linken Flügel der Partei weiter.

Wie ist der Charakter der von Takaichi geführten LDP-JIP-Koalitionsregierung zu bewerten?

Die von Takaichi geführte LDP-JIP-Koalitionsregierung ist aus der Neuausrichtung der konservativen politischen Kräfte der Mitte hervorgegangen. Wie ist ihr politischer Charakter zu bewerten? Erstens wird sie in Bezug auf die Sicherheits- und Verteidigungspolitik zweifellos den von den Regierungen Kishida und Ishiba eingeschlagenen Kurs der militärischen Expansion beschleunigen.

Die am 20. von der LDP und der JIP unterzeichnete Koalitionsvereinbarung spiegelt deutlich den Wandel von einer Allianz zwischen LDP und Komeito zu einer Allianz zwischen LDP und JIP wider. Sie steuerte sofort auf eine aggressive Politik zu, beginnend mit der Förderung einer „unabhängigen Nation“, einer weiteren Erhöhung der Verteidigungsausgaben und dem Vorantreiben der Anschaffung von U-Booten mit Schwerpunkt auf Atom-U-Booten. Zahlreiche andere Maßnahmen betonen die „Nation“, darunter eine Politik zur Einführung eines „Verbrechens der Beschädigung des Staatswappens“ in der ordentlichen Parlamentssitzung 2026, um Handlungen zu bestrafen, die die Hinomaru-Flagge beschädigen, und eine klare Erklärung, mit der Prüfung eines „Gesetzes gegen

Spionage“ zu beginnen, um gegen Spionage durch ausländische Mächte vorzugehen.

All dies sind Maßnahmen, die von der konservativen Fraktion der LDP seit langem angestrebt werden, aber unter der Koalitionsregierung mit Komeito nur schwer voranzubringen sind. Die symbolträchtigste Maßnahme ist die Abschaffung der Regeln, die Waffenexporte auf fünf Kategorien, wie z. B. „Rettungsaktionen“, beschränken. Konservative Fraktionen der LDP drängten nachdrücklich darauf, diese Kategorien zu streichen, um die Beschränkungen für den Export tödlicher Waffen vollständig aufzuheben, aber Komeito behielt seine vorsichtige Haltung bei, sodass diese Regeln nahezu unverändert blieben. (22. Oktober, Hokkaido Shimbun Online)

Darüber hinaus wurde Kimi Onoda, ein Mitglied des Oberhauses, dessen fremdenfeindliche Äußerungen zuvor für Kontroversen gesorgt hatten, gemäß der Koalitionsvereinbarung in das neu geschaffene Amt des Ministers für die „Koexistenz“ von Ausländern berufen. In dem Koalitionsvertrag heißt es: „Wir werden bis zum Haushaltsjahr 2026 eine ‚Bevölkerungsstrategie‘ formulieren, die eine quantitative Steuerung der ausländischen Einwohner aus der Perspektive potenzieller sozialer Spannungen bei einem Anstieg des Anteils der ausländischen Bevölkerung sowie Zahlenvorgaben und grundlegende Richtlinien für die Aufnahme von Ausländern umfasst.“ In ihrer Grundsatzrede erklärte Premierministerin Takaichi: „Wir ziehen eine klare Grenze gegen Fremdenfeindlichkeit“, kündigte aber auch an, dass „die Regierung entschlossen reagieren wird“ auf „illegale Handlungen und Regelverstöße einiger Ausländer“, was eindeutig auf eine Verschärfung der Vorschriften für Ausländer hindeutet.

In der Wirtschaftspolitik will sie die Politik von Abe fortsetzen und nicht „Abenomics“, sondern „Sanaenomics“ entwickeln. Damit werden zwar die Interessen der reichsten 1 % konsequent verfolgt, aber dennoch muss sie vordergründig die „Bekämpfung der hohen Preise“ als „oberste Priorität“ anführen. Folglich dürfte der Spielraum für politische Optionen eingeschränkt sein. Denn die bürgerliche herrschende Klasse Japans strebt vor allem politische Stabilität an. In diesem Sinne ist die instabile und fragile Koalitionsregierung aus LDP und JIP, die auf „Kooperation außerhalb des Kabinetts“ angewiesen ist, nur eine Übergangsregierung, und eine substanziellere politische Neuausrichtung ist unvermeidlich. Dies könnte möglicherweise eine „große Koalition“ beinhalten, die die Konstitutionelle Demokratische Partei weiter nach „rechts“ zieht. Der

japanischen bürgerlichen herrschenden Klasse fehlt eine klare Vision für die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft. Folglich wird sie wahrscheinlich durch konservative zentristische Kräfte nach finanzieller Stabilität streben. Genau dieser Ansatz schafft jedoch Raum für das Wachstum des rechtsextremen Populismus. Auch hier bleibt die Marginalisierung und Isolation der Linken, verbunden mit ihrem Versagen, eine neue Alternative zu präsentieren und sichtbar zu machen, das entscheidende Problem.

Wie wird die Linke mit der aktuellen politischen Situation umgehen?

Bei den Gouverneurswahlen in der Präfektur Miyagi am 26. Oktober lieferte sich der Kandidat Masamune Wada, der durch eine politische Vereinbarung die volle Unterstützung der Sanseito erhielt, einen erbitterten Wahlkampf und verkürzte den Abstand zum amtierenden Kandidaten Yoshihiro Murai auf etwas mehr als 15.000 Stimmen. In Sendai, der bevölkerungsreichsten Stadt in Miyagi, lag der Kandidat Wada sogar mit mehr als 36.000 Stimmen vorn. In seinem „politischen Memorandum“ mit der Sanseito versprach Kandidat Wada, „die Privatisierung der Wasserversorgung zu überprüfen und die Rekommunalisierung voranzutreiben“, „sich gegen Maßnahmen zur Förderung der Einwanderung zu stellen“, „die Politik der Genehmigung von Bestattungen abzulehnen“ und „große Solar- und Windkraftprojekte einzuschränken oder zu stoppen“. Diese Strategie verband geschickt die Anti-Globalisierungs- und Umweltpolitik der Linken (indem sie sie mit Nationalismus in Verbindung brachte, indem sie den „Verkauf der Wasserversorgung an ausländisches Kapital“ anprangerte) mit fremdenfeindlicher Politik. Es war genau dieselbe Haltung, die auch die extreme Rechte in Europa einnahm. Im Kampf gegen den Aufstieg dieser aufstrebenden rechtsextremen Kräfte reicht es nicht aus, nur Fremdenfeindlichkeit zu kritisieren. Wir müssen auch politische Maßnahmen und Slogans aus linker Perspektive präsentieren, die das Misstrauen und das Gefühl der Stagnation im bestehenden System, das das Wachstum der extremen Rechten befeuert, durchbrechen können, und diese konkret in Bewegungen umsetzen. Darüber hinaus müssen wir diese Situation gerade deshalb in Frage stellen, weil die Existenz der Linken insbesondere für jüngere Generationen nicht sichtbar ist.

Unter Bedingungen, in denen die politische Lage im Fluss ist und seit einiger Zeit eine politische Neuordnung stattfindet, eröffnet sich Raum für verschiedene

Massenbewegungen und soziale Bewegungen, um ihre Forderungen in der Politik zu reflektieren. Infolgedessen haben diese Massenbewegungen und sozialen Bewegungen das Potenzial, aktiver zu werden. Da die linken Kräfte im Parlament zudem extrem schwach sind, wird die Bedeutung von Massenbewegungen und sozialen Bewegungen wahrscheinlich zunehmen. Es besteht jedoch auch die Möglichkeit, dass die Früchte solcher Bewegungen von rechtsextremen Kräften geerntet werden könnten.

Heute stehen in Ländern auf der ganzen Welt – Bangladesch, Indonesien, Nepal, Marokko – junge Menschen der sogenannten Generation Z an der Spitze von Massenbewegungen und Aufständen. Rebellionen, die von der Generation Z angeführt werden, mangelt es oft an einer klaren Organisation oder Führung, was besonders deutlich bei den Unruhen in Hongkong im Jahr 2019 zu beobachten war. Doch auch dies liegt in der Verantwortung der Linken.

In Japan haben die jüngeren Generationen, einschließlich der Generation Z, nur die Koalitionsregierung aus LDP und Komeito erlebt und daher kein konkretes Gefühl dafür, dass „Politik verändert werden kann“. Diese Situation ändert sich jedoch eindeutig. Die Reiwa Shinsengumi (wir sehen sie als progressive populistische Partei) unter der Führung von Taro Yamamoto hat diese Veränderung als erste deutlich gespürt, mit dem Appell „Politik kann verändert werden“ für sich geworben und erhebliche Unterstützung gewonnen. Bei den Parlamentswahlen 2024 und den Wahlen zum Oberhaus in diesem Jahr verlagerten diese jüngeren Bevölkerungsgruppen ihre Unterstützung auf Parteien wie die DPFP und die Sanseito. Diese Unterstützung ist jedoch nicht gefestigt. Wir sollten bedenken, dass Japans Generation Z, wenn auch mit fünf oder zehn Jahren Verzögerung, gegenüber dem Aufkommen der Generation Z auf der politischen Bühne in Europa, Amerika und Asien aufholt. Dies stellt eine bedeutende Chance für die Linke dar. Die ideologische, programmatische und organisatorische Vorbereitung darauf ist die Herausforderung, vor der die Linke, einschließlich uns, steht.

10. November 2025

*Übersetzt von Tsutomu Teramoto aus **Weekly Kakehashi** oder <https://x.gd/zvDYP>.*

Der Artikel erschien in International Viewpoint, wurde von uns automatisch

übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.